

**Gemeinderatsausschuss
Petitionen und BürgerInneninitiativen**

PROTOKOLL

**zur Sitzung am Mittwoch, dem 5. Juni 2019, um 16:00 Uhr und
am Donnerstag, den 6. Juni 2019 um 15.30 Uhr**

MA 21 - Servicestelle Stadtentwicklung, 1. Stock, Sitzungszimmer 121, Rathausstraße 14-16, 1010 Wien

Vorsitz: GRⁱⁿ Dr.ⁱⁿ Jennifer Kickert

Gewählte Teilnehmer: GRⁱⁿ Safak Akcay
GR Petr Baxant, BA
GR Stefan Berger
GR Nemanja Damjanovic, BA
GR Michael Eischer
GRⁱⁿ Mag.^a Faika El-Nagashi (anwesend am 6. Juni 2019)
GR Klaus Handler (anwesend am 6. Juni 2019)
GRⁱⁿ Marina Hanke, BA (anwesend am 5. Juni 2019)
GR Manfred Hofbauer, MAS
GRⁱⁿ Mag.^a Birgit Jischa
GR Mag. Rüdiger Maresch
GRⁱⁿ Silvia Rubik
GRⁱⁿ Yvonne Rychly
GR Dr. Gerhard Schmid
GR Mag. Marcus Schober
GRⁱⁿ Sabine Schwarz
GR Mag. Gerhard Spitzer
VBgm.ⁱⁿ Mag.^a Maria Vassilakou
GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA
GR Thomas Weber

Sonstige Teilnehmer: Richard Bernato, B.A.
Mag.^a Susanne Brandstetter
Julia Haberfellner
Mag. Werner Köhler
Christian Kren, Bakk. phil.

Entschuldigt: GR Mag. Rüdiger Maresch (entschuldigt am 6. Juni 2019)
GR Dr. Gerhard Schmid (entschuldigt am 5. Juni 2019)
GR Wolfgang Seidl
VBgm.ⁱⁿ Mag.^a Maria Vassilakou (entschuldigt am 6. Juni 2019)
GR Mag. Dr. Alfred Wansch, MBA (entschuldigt am 6. Juni 2019)

Protokollführung: Maria Klein

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Yvonne Rychly

Post Nr. 1

AZ 217085-2018-GSK; MA 65

Feinstaub im Wiener Blut - Wir fordern saubere Luft für unsere Kinder!!!

Befragung des Einbringers

Antrag GRⁱⁿ Yvonne Rychly:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, neben der Veranlassung aller möglichen Maßnahmen auf Ebene der Stadt Wien zur weiteren Verringerung der Feinstaubbelastung, auch notwendige überregionale Anstrengungen zu fordern bzw. zu initiieren und sich dafür einzusetzen, dass möglichst zeitnah auch Ultrafeinstaub gemessen und ausgewiesen werden kann.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Yvonne Rychly:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, sich weiterhin im Einvernehmen mit den Bezirken dafür einzusetzen, dass zur Erhöhung der Verkehrssicherheit, zur Verringerung des Lärms und auch zur Verbesserung der Luftqualität Tempo 30 Zonen und lineare Tempo 30 Strecken in der Stadt Wien, ausgeweitet werden.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Yvonne Rychly:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass die Stadt Wien derzeit alle gesetzlichen Vorgaben bezüglich Feinstaubimmissionen einhält und darüber hinaus seitens der zuständigen StadträtInnen der politische Wille kundgetan wurde, gesetzte Maßnahmen laufend zu evaluieren und zu verbessern bzw. auszuweiten.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Rüdiger Maresch

Post Nr. 2

AZ 360479-2018-GSK; MA 65

Fahrradverbindung für Jung und Alt von Hernals über Ottakring nach Penzing

Befragung des Einbringers

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, unter Einbeziehung der betroffenen Bezirke, der Landespolizeidirektion, der Wiener Linien sowie der Radlobby, auf eine

Realisierung einer in der Petition geforderten Fahrradverbindung von Hernals über Ottakring nach Penzing hinzuwirken.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Dr. Alfred Wansch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, auch die Autofahrerklubs bei der Realisierung der Fahrradverbindung miteinzubeziehen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, dass es bei einer allfälligen Realisierung der betroffenen Fahrradverbindungen zu keinen Baumfällungen kommt.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Rüdiger Maresch:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass die konkret vorgeschlagene Route aus mehreren Gründen nicht umgesetzt werden kann, aber bereits an detaillierten Planungen alternativer Varianten seitens der MA 46 gemeinsam mit den Bezirken 16 und 17 gearbeitet und die Realisierung der bestmöglichen Fahrradverbindung in Aussicht gestellt wurde.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Silvia Rubik

Post Nr. 3

AZ 983401-2018-GSK; MA 65

Petition für die Übersiedlung der OVS Erlaaer Schleife in den geplanten Schulneubau Erlaaer Schleife 2 und für die Mitsprache bei der Gestaltung der Grün- und Freiflächen für unsere Kinder

Befragung des Einbringers

Antrag GRⁱⁿ Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrates für Bildung, Integration, Jugend und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky auszusprechen, aufgrund der zukünftigen Möglichkeit die bestehenden Mobilklassen nur ergänzend zu organisieren, den Vorschlag des Elternvereins der OVS Erlaaer Schleife, die bestehenden Mobilklassen gänzlich oder teilweise zu entfernen und dadurch neue Grünflächen zu schaffen, zu prüfen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.a Maria Vassilakou auszusprechen, unter Einbeziehung des Bezirksvorstehers Gerald Bischof, der Schulpartnerschaft und der Mobilitätsagentur, wirksame Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit bei der Schule zu initiieren (zB. temporäre autofreie Zone).

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Silvia Rubik:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass die Organisation der Schulstandorte in der Region unter Berücksichtigung der benachbarten Schulen geprüft wird, weitere Verbesserungen am Bestandsgebäude OVS Erlaaer Schleife 2 erfolgen und erste Maßnahmen zur Erweiterung der Grün- und Freiflächen gemeinsam mit der Schulpartnerschaft gesetzt wurden.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Safak Akcay

Post Nr. 4

AZ 1021713-2018-GSK; MA 65

Endlich Schutzwege über den Kreisverkehr Panethgasse-Rennbahnweg!

Befragung des Einbringers

Antrag GRⁱⁿ Safak Akcay:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die in der Petition geforderten Maßnahmen bereits in Umsetzung sind. Beim gegenständlichen Kreisverkehr werden notwendige Vorziehungen im Gehsteigbereich und Schutzwege errichtet.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Petr Baxant, BA

Post Nr. 5

AZ 224164-2018-GSK; MA 65

Weniger Lärmbelästigung durch Veranstaltungen auf der Donauinsel: Forderung nach effektivem Lärmschutz und Reduktion der Veranstaltungstage!

Antrag GR Petr Baxant, BA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, bei einer Novellierung des Wr. Veranstaltungsgesetzes zu ermöglichen, dass die Behörde bei besonders störenden oder auffälligen Lärmimmissionen von Veranstaltungen zusätzliche Maßnahmen zur Vermeidung von unzumutbaren Belästigungen verlangen kann.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Petr Baxant, BA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da bei Erteilung von veranstaltungsrechtlichen Genehmigungen, alle gesetzlichen Vorgaben strengstens kontrolliert werden. Daten über die Lärmmessungen bei Veranstaltungen können grundsätzlich sowohl der Auskunftspflicht nach dem Wiener Auskunftspflichtgesetz als auch der Mitteilungspflicht nach dem Wiener Umweltinformationsgesetz unterliegen, wie der eingelangten Stellungnahme der Magistratsdirektion Recht zu entnehmen ist.

(einstimmig angenommen)

Post Nr. 6

AZ 75269-2019-GSK; MA 65

Eisring Süd Neu Denken: Grünraum/Biotop und Sicht zum Wasserturm erhalten - Eisring erneuern

Befragung des Einbringers

Antrag GR Petr Baxant, BA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständige amtsführende Stadträtin für Umwelt und Wiener Stadtwerke Mag.^a Ulli Sima auszusprechen, dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere die dort ansässigen, geschützten Feldhamster artgerecht – unter Einhaltung aller gebotenen Auflagen – umgesiedelt werden.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Petr Baxant, BA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Finanzen, Wirtschaft, Digitalisierung und Internationales Peter Hanke auszusprechen, dafür Sorge zu tragen, dass im Zuge der Bauausführungen der Altbaumbestand dahingehend geschützt wird, dass nur unbedingt nötige Fällungen durchgeführt und notwendige Ersatzpflanzungen in unmittelbarer Nähe gesetzt werden.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Klaus Handler:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker auszusprechen, die dort trainierenden Vereine bei der Suche nach Ersatz-Trainingsflächen zu unterstützen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Klaus Handler:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrat für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker auszusprechen, dafür Sorge zu tragen, dass die 400m Außenbahn erhalten bleibt.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Petr Baxant, BA:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da diesem Projekt ein städtebaulicher Wettbewerb mit intensiver BürgerInnenbeteiligung zugrunde liegt, eine Einschränkung der Sichtbarkeit des Wasserturmes nicht gegeben ist und neben der neuen Sport & Fun Halle auch eine neue Eis-Freifläche sowie Outdoor-Sportanlagen errichtet werden. Darüber hinaus ist die Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen aufgrund der ökologischen Besonderheiten des Areals durch die Aufsicht des Büros „Land in Sicht“ gewährleistet.

(mit Stimmenmehrheit angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Birgit Jischa

Post Nr. 7

AZ 133629-2019-GSK; MA 65

Lebenswerter Althangrund - Nein zur Tiefgarage Nordbergstraße

Befragung des Einbringers

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, die Prüfung von Möglichkeiten, bestehenden Parkraum in der Umgebung für das Projekt zu nutzen, zu veranlassen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die Bezirksvorsteherin für den 9. Wiener Gemeindebezirk Mag.^a Saya Ahmad auszusprechen, die bereits bisher erfolgte rasche und aktuelle Information der Bezirksbevölkerung auch bezüglich der weiteren Entwicklung des Projektes fortzusetzen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, die Ausarbeitung eines aktualisierten Gesamtkonzeptes „Althangrund“ unter Einbindung der Anrainerinnen und Anrainer sowie der gewählten Mandatare im Bezirk zu veranlassen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Birgit Jischa:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da den Stellungnahmen zu entnehmen ist, dass bereits umfassende BürgerInnenbeteiligung seit 2010 stattfand. Bezüglich der Tiefgarage unter der Nordbergstrasse wird jedenfalls – abhängig vom weiteren Projektverlauf – eine sowohl die öffentlichen Interessen als auch die wirtschaftlichen Interessen des Projektwerbers berücksichtigende Lösung angestrebt.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Gerhard Spitzer

Post Nr. 8

AZ 155143-2019-GSK; MA 65

(Wieder-)Herstellung und Öffnung des beliebten "Mauserlweges" (=Fußweg von Hernals auf den Schafberg)

Befragung des Einbringers

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, entsprechend ihrer Stellungnahme, sich zeitnah für eine ressortübergreifende Lösung mit der Geschäftsgruppe Wohnen, bzw. dem Bezirk, den EigentümerInnen des Grundstückes sowie den nötigen Fachleuten wie z.B. Geologen oder Statiker, im Sinne eines Runden Tisches zur Wiederöffnung des Mauserlweges, einzusetzen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an die zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou auszusprechen, bei einer allfälligen Lösung zur Öffnung des Mauserlweges, den Bezirk finanziell zu unterstützen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da ein sofortiges Rückgängigmachen der Absperrung des betreffenden Weges aus sicherheitstechnischen bzw. Haftungsgründen nicht möglich ist, an einer möglichen Erreichung der Öffnung des Mauserlweges aber sowohl von der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou als auch von der Bezirksvorsteherin für den 17. Wiener Gemeindebezirk Dr.ⁱⁿ Ilse Pfeffer, gearbeitet wird.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Dr. Gerhard Schmid

Post Nr. 9

AZ 201427-2019-GSK; MA 65

Korrektur der Novelle zum WRKG (Wiener Rettungs- und Krankentransportgesetz) vom 22.11.2018

Befragung des Einbringers

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrates für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker auszusprechen, die Notwendigkeit gesetzlicher Rahmenbedingungen zu prüfen, die sicherstellen, dass es aufgrund der aktuellen Änderungen des WRKG zu keinen Nachteilen für die Patientinnen und Patienten kommt. Zudem soll die Entscheidung, ob eine medizinische Begleitung während der Fahrt notwendig ist, den zuständigen ÄrztInnen überlassen werden.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrates für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker auszusprechen, die Novelle zu evaluieren und eine rechtliche Klarstellung herbeizuführen, um die Qualität aufrecht zu erhalten und Fahrtenverschiebungen zwischen Krankentransportdiensten und Fahrtendiensten zu vermeiden.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Dr. Gerhard Schmid:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrates für Soziales, Gesundheit und Sport Peter Hacker ausgesprochen wurde, die vor allem das Wohl der Patientinnen und Patienten berücksichtigt. Darüber hinaus bedarf ein Transport einer Verordnung, die vom jeweiligen Arzt bzw. von der jeweiligen Ärztin unterschrieben werden muss. Es gilt das Ärztegesetz 1998.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Marcus Schober

Post Nr. 10

AZ 134650-2019-GSK; MA 65

Wir fürs Wiener Spitalswesen - Optierungsmöglichkeit ins neue Besoldungssystem für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des KAV (Wiener Krankenanstalten-Verbund)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrates für Bildung, Integration, Jugend und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky auszusprechen, dem sozialpartnerschaftlichen Abschluss entsprechend, die dienst- und besoldungsrechtlichen Bestimmungen für die MitarbeiterInnen, die vor dem 1.1.2018 in den Dienst der Stadt Wien eingetreten sind, kontinuierlich weiterzuentwickeln.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Sabine Schwarz:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Empfehlung an den zuständigen amtsführenden Stadtrates für Bildung, Integration, Jugend und Personal Mag. Jürgen Czernohorszky auszusprechen, durch zu erarbeitende Rahmenbedingungen allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des KAV die Optierung ins neue Besoldungssystem zu ermöglichen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Marcus Schober:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Behandlung der Petition begründet abzuschließen, da eine sofortige Übernahme einer größeren Anzahl von (Alt-) Bediensteten in das neue System nicht allein durch eine allgemeine gesetzliche Regelung bewirkt werden könne, eine zwangsweise Überleitung aller betroffenen Bediensteten, auch gegen deren Willen, in das neue System nicht sachgerecht gewesen wäre und eine kontinuierliche Weiterentwicklung der zugrundeliegenden dienst- und besoldungsrechtlichen Bestimmungen für die MitarbeiterInnen, die vor dem 1.1.2018 in den Dienst der Stadt Wien eingetreten sind, ausdrücklich vereinbart wurde.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Mag. Gerhard Spitzer

Post Nr. 11

AZ 218788-2019-GSK; MA 65

NEIN zur Aushöhlung des Bebauungsplans zum alleinigen Zweck der Gewinnmaximierung! JA zum Erhalt des Hernalser Grätzelcharmes

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen Kathrin Gaßl einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvorsteherin für den 17. Wiener Gemeindebezirk Dr.ⁱⁿ Ilse Pfeffer einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Manfred Hofbauer, MAS:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Bezirksvertretung Hernals einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GR Mag. Gerhard Spitzer:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition die Einbringerin Frau Ursula Wolschlager zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Silvia Rubik

Post Nr. 12

AZ 334104-2019-GSK; MA 65

Das Dianabad soll wieder ein öffentliches Schwimmbad werden!

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, die Zulässigkeit bzw. Nichtzulässigkeit der Petition bis zur nächsten Sitzung des Gemeinderatsausschusses für Petitionen und BürgerInneninitiativen zu überprüfen.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatter: GR Petr Baxant, BA

Post Nr. 13

AZ 356026-2019-GSK; MA 65

Petition für ein solidarisches Wien und gegen die Kriminalisierung von Seenotrettung

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, dass die gegenständliche Petition nicht die Voraussetzungen nach § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 erfüllt.

(einstimmig angenommen)

Berichterstatterin: GRⁱⁿ Mag.^a Faika El-Nagashi

Post Nr. 14

AZ 40130-2019-GSK; MA 65

Petition für freie Sitzplätze ohne Konsumzwang

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge die Zulässigkeit der ggst. Petition iSd § 2 Abs. 3 iVm § 1 Abs. 1 und 2 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBI. Nr. 2/2013, in der Fassung von LGBI. Nr. 29/2014 beschließen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Faika El-Nagashi:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der zuständigen amtsführenden Stadträtin für Stadtentwicklung, Verkehr, Klimaschutz, Energieplanung und BürgerInnenbeteiligung Mag.^a Maria Vassilakou einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Faika El-Nagashi:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der FußgängerInnenbeauftragten Petra Jens einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Faika El-Nagashi:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition eine Stellungnahme der Interessenvertretung für Menschen mit Behinderung einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Faika El-Nagashi:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition Stellungnahmen der Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher aller 23 Wiener Gemeindebezirke einzuholen.

(einstimmig angenommen)

Antrag GR Manfred Hofbauer, MAS:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition Stellungnahmen der Bezirksvertretungen aller 23 Wiener Gemeindebezirke einzuholen.

(mit Stimmenmehrheit abgelehnt)

Antrag GRⁱⁿ Mag.^a Faika El-Nagashi:

Der Gemeinderatsausschuss für Petitionen und BürgerInneninitiativen möge beschließen, zur gegenständlichen Petition die Einbringerin Frau Hanna Katharina Schwarz zur schriftlichen oder mündlichen Erläuterung des Inhaltes der Petition einzuladen.

(einstimmig angenommen)

Allfälliges

Die Vorsitzende gibt bekannt, welche Petition nach Ablauf der Jahresfrist keine ausreichende Anzahl von Unterstützungen erhalten hat und bei der daher gemäß § 1 Abs. 4 des Gesetzes über Petitionen in Wien, LGBl. 2/2013, in der Fassung von LGBl. Nr. 29/2014, die Unterstützungsmöglichkeit beendet wurde:

- ***Anrainer Parkplätze bzw. Kurzparkzone***
- **Benennung einer Verkehrsfläche nach Dr. Martin Luther King Jr.**

Städt. Lehr- u. Erziehungsamt (LEA) - 1000 Wien, Döbnergasse 11, 1040 Wien

- ...
- ...

Die amtsführende Stadträtin



Mag.ª Maria Vassilakou

Die Protokollführerin



Maria Klein

Die Vorsitzende



GRª Dr.ª Jennifer Kickert